

Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Telephon: Amt Königstadt, Nr. 1076.

Inserate pro 3 gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf.
Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm s, Berlin O 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.
Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt: Organisationsgedanken unserer Kollegen im Soldatenrock. — Was soll aus den Kriegsinvaliden und den Verstümmelten werden? — Aus dem Wirtschaftsleben der Textilindustrie. — Genossenschaftlicher Gemüsebau. — Ein illustriertes Jahrbuch für die gesamte Baumwollindustrie. — Eine Konferenz von Webern Berlins und seiner Vororte. — Soziales. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Verbandsanzeigen.

Organisationsgedanken unserer Kollegen im Soldatenrock.

Unsere Aachener Ortsverwaltung erhielt von einem Kollegen, der im Kriege ist, einen Brief, in dem es mit Bezug auf die Organisation hieß:

„Werte Kollegen! Es hat mich sehr gefreut hier, daß die Kollegen vom Verband an mich gedacht haben. Hoffen wir, daß der Verband durch den Krieg nicht zuviel Schaden leidet. Lasse sich zu Hause nur ja keiner von dem Gedanken leiten: nach dem Kriege gibt's Arbeit genug und so brauchen wir keinen Verband mehr! Wer so denkt, ist falsch beraten. Heute muß jeder Mann wissen, daß ohne Organisation die Arbeitskraft vergeudet, der Arbeiter selbst mißbraucht wird. Darum wird auch der Organisationsgedanke bestimmt den Krieg überleben.“

Allen herzlichen Gruß

J. Sch.“

Hoffentlich schlagen diese Organisationsgedanken auch bei den Kollegen und Kolleginnen in der Heimat immer tiefere Wurzeln.

Was soll aus den Kriegsinvaliden und den Verstümmelten werden?

Diese Frage wird jetzt naturgemäß des öfteren erörtert, und auch wir halten uns verpflichtet, zu ihr Stellung zu nehmen.

Genau genommen, brauchte die Frage, was aus den Leuten werden soll, die durch den Krieg ihrer leiblichen Gesundheit und ihrer gesunden Glieder beraubt wurden, eigentlich gar nicht gestellt zu werden, denn sie beantwortet sich schon allein dadurch, daß es im Interesse der ganzen Volksgemeinschaft geschah, wodurch diese moralisch verpflichtet wird, für sie so zu sorgen, daß ihnen kein materieller Verlust daraus entsteht, daß sie sich für die Volksgemeinschaft opferten. Aus der moralischen Verpflichtung ergibt sich, daß ihre Ansprüche an das Reich gesetzlich festgelegt werden müssen, und zwar in solcher Höhe, daß sie davon sorglos zu leben vermöchten.

Doch es gilt nicht allein, ihnen das Leben, sondern ihnen auch einen gewissen Lebenswert zu sichern, und dieser besteht unserer Meinung nach darin, daß sie sich nach Maßgabe ihrer ihnen noch verbleibenden Leistungsfähigkeit für die Gesellschaft nützlich machen können. Dabei kann auch möglichst Rücksicht auf ihre bisherigen Gewohnheiten genommen werden. Will man diese Rücksicht nehmen, so wird man die Leute, soweit dies möglich ist, ihrem früheren Berufe wieder zuzuführen suchen müssen, denn das würde ihren Gewohnheiten — oft auch wohl ihren Neigungen — am meisten entsprechen; erst wenn ihr körperlicher Zustand diese Rücksichtnahme ausschließen würde, sollte man sie anderen Erwerbszweigen zuzuführen suchen.

Leider werden aber viele die frühere Beschäftigung nicht wieder aufnehmen können, weil ihnen Gliedmaßen fehlen, deren sie bei der Arbeit dringend bedürfen. Da werden ja allerdings die künstlichen Gliedmaßen auszuheilen sollen, doch wird, so groß auch ihre Vollkommenheit sein mag, ein künstliches Glied doch nicht immer zu derselben Berrichtung befähigen wie ein natürliches. Viele werden also ihre frühere Beschäftigung nicht wieder aufnehmen können, und man wird versuchen müssen, sie in anderen Berufen unterzubringen. Sie werden also z. B. ihre Berufe in der Art wechseln müssen, wie es ihre Körperbeschaffenheit erheischt; der, dessen Füße und Beine nicht mehr intakt sind, aber noch über unbeschädigte Arme und Hände verfügt, wird dort Beschäftigung suchen müssen, wo er der Beine und Füße weniger bedarf, und wer noch Füße und Beine gesund hat, aber keine gesunden Arme und Hände, wird da Arbeit suchen müssen, wo die Hauptarbeit mit den unteren Gliedmaßen verrichtet werden kann.

Es wird hierbei vorausgesetzt, daß kein Unternehmer (privater, staatlicher, gemeindlicher) sich weigern wird, solche Leute einzustellen, selbst wenn er genug mit vollkommenen Gliedmaßen bekommen kann. Es muß aber auch erwartet werden, daß in solchen Branchen die Arbeiter, die über Vollkommenheit ihrer Gliedmaßen verfügen, dagegen keinen Einspruch geltend machen werden, selbst wenn auch sie zum Teil dadurch gezwungen würden, einen anderen Beruf zu ergreifen.

Es wird aber dann noch viele Leute geben, die sich weder für eine im Stehen noch im Sitzen auszuübende Beschäftigung eignen, weil sie weder bei der einen, noch bei der anderen joblich zu leisten vermöchten, daß der Unternehmer mit ihrer Leistung zufrieden wäre; es muß aber auch dagegen von vornherein Einspruch erhoben werden, daß der Unternehmer sie, unter Hinweis auf ihre Kriegsrente, zu geringeren Lohnsätzen als den normalen beschäftigte und sich auf diese Weise schadlos halte. Er selber wird aber keinen Schaden erleiden wollen, und keine Macht im Staate wird ihn dazu zwingen können.

Was soll nun mit den Leuten werden?

Man wird sie zunächst in Anstalten unterbringen müssen, die sie für irgendeine Beschäftigung vorzubereiten hätten, die sie dann im freien Wettbewerb in Gewerbe und Industrie ausüben könnten. Ihr Aufenthalt in solchen Anstalten brauchte gewiß kein dauernd zu sein, da sich bei der Vielgestaltigkeit der heutigen Produktion wohl für jeden Beschäftigung aufstreben ließe, der vorher Gelegenheit hätte, sich auf gewisse Berrichtungen einzurichten. In den Vorbereitungsanstalten — die sehr vielgestaltig sein müßten — müßte natürlich ein Lohn gezahlt werden, der den Forderungen der in Betracht kommenden Gewerkschaften entspräche, und die Leute müßten dort aller staatsbürgerlichen Freiheiten im vollen Maße teilhaftig werden, was eigentlich selbstverständlich ist. Die Anstalten müßten als freie Arbeitsgemeinschaften mit Staatshilfe betrachtet werden; sie dürften nicht die Aufgabe haben, die Kriegsinvaliden und -verstümmelten dauernd zu beschäftigen, sondern, wie gesagt, nur so lange, wie deren Vorbereitung für einen neuen Beruf dies nötig machte. Die Anstalten selbst würden also nicht dauernden Bestand zu haben brauchen, sondern bräuchten nur so lange unterhalten zu werden, bis der letzte ihrer Ausbildung Anvertraute irgendeinem Erwerbe zugeführt wäre. Dies letztere muß schon deshalb geschehen, damit die Kriegsinvaliden durch das fortwährende Beisammensein mit ihren Schicksalsgenossen nicht dauernd an die für sie so trübe Kriegszeit erinnert werden. . . .

Das wäre in allgemeinen Umrissen ein Bild von dem, wie wir uns die Unterbringung der Kriegsinvaliden denken. Wir denken sie uns natürlich stets auch, wo es die körperliche Beschaffenheit des Invaliden zuläßt oder bedingt, unter Nukbarmachung aller vorhandenen künstlichen Hilfsmittel, durch deren Anwendung die Arbeitsfähigkeit erhöht werden kann. Wessen Arbeitsfähigkeit durch künstliche Gliedmaßen gesteigert werden kann, der soll auch angehalten werden, sich ihrer zu bedienen und sich in ihrem Gebrauch zu üben, um seine Leistungsfähigkeit möglichst zu steigern, was ja ebenso in seinem eigenen Interesse wie in dem der Gesellschaft liegt.

Wie die Ausstellung für Verwundeten- und Krankenfürsorge im Reichstagsgebäude gezeigt hat, kann man unter Umständen, wenn die natürlichen Hände fehlen, mit künstlichen Händen Bewegungen machen, die denen der natürlichen Hand an Wirkung wenig nachstehen. Mit den künstlichen Beinen ist es ebenso. Man muß sich darin nur üben. Leute mit solchen vervollkommenen künstlichen Gliedmaßen ausgestattet, welche die Bewegungen einer natürlichen Hand, eines natürlichen Fußes nachahmen, können es bei starkem Willen zu verhältnismäßig großer Geschicklichkeit bringen, die sie sich in der Vorbereitungsanstalt aneignen könnten. Gewerbe und Industrie würden sich ihrer bald als vollwertige Arbeiter bedienen können; es muß nur für jeden die passendste Arbeit ausgewählt werden. In der Weberei oder Spinnerei wird man z. B. mit einer künstlichen Hand wenig anfangen können; man wird mit ihr zwar die Maschine in Bewegung setzen, aber doch keinen empfindlichen Faden behandeln können. In mancher anderen Industrie dagegen wird ein solcher Mann mit der Zeit bei einzelnen Teilarbeiten zu einer vollwertigen Arbeitskraft werden können, weil das zu bearbeitende Material unter dem wohl nicht immer sanften Druck seiner „Hand“ nicht zu leiden haben würde. Nachdem der Mann sich in der Vorbereitungsanstalt in gewisse Berrichtungen eingewöhnt hätte, könnte er in Gewerbe und Industrie im freien Wettbewerb mit dem gesunden Arbeiter die Arbeit wohl aufnehmen.

Auf diese Weise wird auch mancher Textilarbeiter einem anderen Berufe zugeführt werden. Er wird es kaum zu bereuen haben. Auch mancher heiminvalide Holz- oder Eisenarbeiter wird sich einem anderen Gewerbe zuwenden müssen. Die Textilindustrie dürfte keine besondere Ergänzung aus den Kreisen der Kriegsinvaliden erfahren, da sie bei dem

heutigen Stande ihrer Entwicklung Menschenmaterial braucht, das langes Stehen ohne besondere Anstrengung aushält, aber auch über Hand- und Fingerfertigkeit verfügt. Die Textilindustrie wird aber die — weiblichen — Arbeitskräfte zum großen Teile aufnehmen müssen, welche aus ihr durch Kriegsinvaliden aus anderen Industrien möglicherweise verdrängt werden, so daß also auch sie, wenn auch nur indirekt, ihren Anteil Kriegsinvalidentät auf sich zu nehmen haben wird. Sie wird sich damit ebenso abfinden müssen, wie andere Industrien sich mit der Bereicherung ihres Arbeiterbestandes durch Kriegsinvalide werden abfinden müssen.

Doch gleichviel, ob man die Kriegsinvaliden und -verstümmelten so oder auf noch andere als von uns angedeutete Weise unterbringen will, in jedem Fall muß dafür gesorgt werden, daß sie ihre Unterbringung nicht als Almosen anzusehen brauchen, daß sie nicht als Lohndrücker benützt werden können, daß sie vor dem vollwertigen Arbeiter keine Zurücksetzung erfahren können, aber auch, daß sie ihm nicht schaden können.

Ferner müssen Maßnahmen gefordert werden, die eine Garantie dafür bieten, daß Bestrebungen, den Kriegsinvaliden oder Kriegsverstümmelten erwerbsfähig zu machen, nicht ausschließlich oder auch nur hauptsächlich vom Standpunkt der Rentenersparnis aus betrieben werden. Um dem vorzubeugen, müssen die Renten vor Herabsetzung sichergestellt werden. Damit wollen wir auch zum Ausdruck bringen, daß eine einmal als endgültig festgesetzte Rente auch dann keine Kürzung erfahren dürfte, wenn der Empfänger aus ihr und seinem Arbeitsverdienst ein Einkommen bezieht, das den ortsüblichen Arbeitsverdienst in dem Beruf, in dem er tätig ist, übersteigt. Dagegen müßte bei Verschlechterung des körperlichen Zustandes des Beziehers und Verringerung seiner Erwerbsfähigkeit die Rente erhöht werden können.

Werden alle diese Erfordernisse gebührend berücksichtigt, so werden die Kriegsinvaliden allerart sich auch ferner als nützliche Glieder der Gesellschaft fühlen und einer gewissen Lebensfreude nicht entbehren.

Da die Gewerkschaften in ihren Interessen von der Unterbringung der Kriegsinvaliden stark berührt werden, so müssen sie natürlich verlangen, daß sie in allen Körperlichkeiten, die sich mit der Angelegenheit zu befassen haben werden, eine offizielle Vertretung bekommen.

Aus dem Wirtschaftsleben der Textilindustrie.

* In einer Korrespondenz, welche die bürgerliche Presse mit Nachrichten aus dem Webstoffgewerbe versorgt, wird berichtet, im deutschen Webstoffgewerbe sei befriedigender Geschäftsgang. Die Arbeitslosigkeit sei im Monat Februar nicht größer geworden. Es wird dann gesagt, daß überschüssige Arbeitskräfte aus der Wirk- und Strickwarenbranche in anderen Zweigen Verwendung gefunden haben. Es mag das in vereinzelten Fällen vorgekommen sein, aber die Arbeitslosigkeit in der Strick- und Wirkwarenbranche ist keineswegs behoben. In Apolda hatte die Arbeitslosigkeit in der Wirkwarenindustrie Anlaß zu einer Konferenz gegeben, die unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Stegmann stattfand und an der Vorstandsmitglieder des Gewerkschaftskartells, des Wirkerverbandes (Meisterchaft) und des Fabrikantenvereins teilnahmen. Nach zweistündigen Verhandlungen wurde die Versammlung sich dahin einig, daß zur Steuerung der Arbeitslosigkeit in der Textilbranche eine sechsstündige Arbeitszeit nicht nur für Apolda, sondern für den ganzen zweiten weimarischen Verwaltungsbezirk zur Einführung kommen soll. Zur Ueberwachung sollen aus den eingangs erwähnten Vereinigungen je zwei Mann einen

gemeinsamen Ausschuss bilden, dem auch die Gesuche um etwaige Verlängerung der Arbeitszeit vorgelegt werden.

Es ist nur zu begrüßen, daß die Behörden Schritte unternehmen, um gemeinsam mit den organisierten Arbeitern dem Ueberstundenunfug ein Ende zu machen.

Zür wollene und halbwoollene Damenkleider- und Konfektionsstoffe, ebenso auch für Seidenwaren, soll sich im Inland wie in neutralen Ausland die Kaufkraft gebessert haben.

Im „Verband deutscher Buntwebereien und verwandter Betriebe“ wurde auf der kürzlich in Berlin stattgefundenen Hauptversammlung festgestellt, daß die Webereien durchweg noch gut beschäftigt sind, wenn auch zurzeit die Aufträge etwas schleppender eingeht.

Für die Fertiggewebe wirkt ferner preisvertuernd die Steigerung sämtlicher Erzeugungskosten. Durch Mangel an Arbeitskräften in Spinnerei und Weberei werden zunächst die allgemeinen Unkosten allein schon außerordentlich gesteigert.

Wir vermögen uns den Ansichten über den Seeresbedarf nicht anzuschließen. Es muß doch auch wieder zu einem Frieden kommen, und sobald der im Anzuge ist, bleiben die Aufträge für Seereszwecke weg.

Die elsassische Kammgarnindustrie war recht gut beschäftigt, eine Folge des reichlichen Wollschadensbedarfes der Militärbehörde. Es mangelt nur an Ansehern und Spinnern.

Eine große Samtmode soll für das Modell-Gerbstgeschäft zu erwarten sein. Die Ursachen für diese Mode, die eigentlich in den letzten Jahren stets mehr oder minder stark vertreten war, ist darin zu suchen, daß die Fabrikanten von Wollstoffen mit großen Lieferungs- und Schwierigkeiten zu kämpfen haben werden.

Aus der internationalen Textilindustrie liegen Meldungen vor, nach denen die Lage der Wollindustrie in Italien, der Schweiz und in den nordischen Ländern im allgemeinen eine Besserung zeigt. Dies bezieht sich aber nur auf die inländischen Märkte, während das Ausfuhrgeschäft eher ruhiger geworden ist.

Der Futemarkt ist völlig verwaist, der Handel mit roher Zute ausgeschlossen, da fast alle neutralen Länder die Ausfuhr derselben verboten haben.

die neue Verordnung des Bundesrats, welche die Ausführungsbestimmungen für das deutsche Verbot der Ausfuhr enthält. Uebrigens haben wir in Deutschland Mangel an roher Zute noch nicht.

Zur Verfolgung mit amerikanischer Baumwolle ist zu berichten, daß der Dampfer „Dacia“, der für den Baumwolltransport nach Deutschland von einer amerikanischen Schifffahrtsgesellschaft angekauft und mit einer Ladung Baumwolle nach Europa abgeplant worden war, von einem französischen Kriegsschiff abgefangen worden ist.

Das ist mit knappen Worten die Ankündigung, daß man geistige und wirtschaftliche Ueberlegenheit mit den brutalen Mitteln äußerer Gewalt niederhalten will.

Die Handelskammer Blauen hat unter Hinweis auf die Bedürfnisse der Weberei- und die herrschende Knappheit an Baumwolle im Inlande angeregt, das Ausfuhrverbot für Baumwollgarne bis Nr. 44, englisch, auszudehnen, da für Verbandstoffe Rettengarne Nr. 36 und Schutzgarne bis Nr. 44, englisch, gebraucht würden.

Amerika scheint indessen entschlossen zu sein, weitere Baumwolle nach Deutschland zu senden. Der „New York Times“ schreibt: „Man erinnert sich, daß vor ein paar Tagen gemeldet wurde, während der nächsten elf Tage werde kein amerikanisches Schiff nach englischen Häfen abgehen.“

Amerika scheint indessen entschlossen zu sein, weitere Baumwolle nach Deutschland zu senden. Der „New York Times“ schreibt: „Man erinnert sich, daß vor ein paar Tagen gemeldet wurde, während der nächsten elf Tage werde kein amerikanisches Schiff nach englischen Häfen abgehen.“

Genossenschaftlicher Gemüsebau.

Von Professor Dr. Hermann Mehner.

Gemüsebau ist jetzt die Lösung. Tausend willige Kräfte folgen ihr, denn wir müssen Nahrung haben, besonders leichtverdauliche Eiweißnahrung, noch bevor die nächste Ernte hereinkommt.

Aber von diesen willigen Kräften sind die meisten ungenützt und unerfahren. Sie werden wenig Erfolg haben, werden sogar wahrscheinlich Saatgut verschwendung und unnütz Land verbrauchen, deren Verwendung jetzt nur bei sicherem Erfolg gestattet ist.

Diese ist zu liefern durch genossenschaftliche Zusammenflüsse.

Die sachkundigen Kräfte sind jetzt selten, und viele sind im Kriege. Doch die wenigen können ihre Fähigkeiten vervielfachen, wenn sie zahlreiche Helfer haben. Es ist nicht unmöglich, daß jemand, der wenig oder gar keine Kenntnisse von der Bestellung eines Beetes hat, die nötige Arbeit dennoch richtig tut, wenn er dazu Anleitung findet.

Die Mitglieder der Genossenschaft brauchen dann bloß zu wollen, so erlangen sie noch mehr Förderung als bloß die technische durch Anleitung und Unterweisung.

Sie müssen Land haben. Das Land kann die Genossenschaft vorteilhafter erwerben oder pachten als der einzelne. Sie kann es dann an die einzelnen zu den Selbstkosten austreten; sie kann es auch, wenn die genossenschaftliche Reife und die Kulturhöhe der Mitglieder diesen Fortschritt gestatten, beizubehalten lassen und gemeinsam bestellen.

Trotzdem bleiben noch eine Menge Aufgaben für gemeinsames genossenschaftliches Handeln. Da ist der gemeinsame Bezug von Dünger, der gemeinsame Bezug von Gartengeräten, falls solche noch nicht vorhanden sind, der gemeinsame Bezug von Saatgut, also von Kartoffeln und Gemüsesämereien.

Viel wichtiger als für den gemeinsamen Bezug der genannten Dinge ist die genossenschaftliche Tätigkeit für die gemeinamte Beschaffung von Wasser. Wasser wird für die Gemüsezucht in gewaltiger Menge verbraucht.

Die Wasserleitung ist noch nicht das Wasser. Das Wasser selber bringt aber die Genossenschaft der Gemüsebauern ebenfalls leichter und sicherer heran als einzelne Parzellenbauer. Zunächst kann sie sich an die Wasserleitung der Gemeinde anschließen. Für den und jenen Gartenfreund legt ein hoher Magistrat einen Rohrstrang nicht in die Nähe des Gartlandes, dem Willen einer Genossenschaft kann er aus zahlreichen Gründen der Billigkeit und der Politik nicht widerstehen.

Wie bei der Bestellung und dem Anbau ist die Genossenschaft auch nützlich bei der Ernte. Die Verwaltung der Genossenschaft ist ein Zentralmarkt, bei welchem die Ueberflüsse der einzelnen Erträge über den Eigenbedarf auszugleichen werden können und wohl darüber hinaus, wenn die Gesamtheit der Ernte größer ist als der Gesamtbedarf, eine gute Verwertung gegen Barzahlung im großen Markte bewirkt wird.

Genosse, die sich an die Wasserleitung der Gemeinde anschließen, für den und jenen Gartenfreund legt ein hoher Magistrat einen Rohrstrang nicht in die Nähe des Gartlandes, dem Willen einer Genossenschaft kann er aus zahlreichen Gründen der Billigkeit und der Politik nicht widerstehen. Ist der Anschluß an die Gemeindefuhrwerkleitung nicht möglich, so kann das Wasser vielleicht aus einem Flußlauf, aus einem Bach oder aus einem Brunnen in mäßiger Entfernung entnommen werden.

